Civaka Azad
Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit e.V.

DOSSIER
September 2017

www.civaka-azad.org
info@civaka-azad.org
030/91446137
0178/6066117

Informationsdossier von Civaka Azad

September 2017

Schwerpunktthema:

Zwischen Unabhängigkeitsreferendum und Demokratischer Autonomie

Kurdische Perspektiven im Irak nach der Befreiung von Mossul

Zwischen Unabhängigkeitsreferendum und demokratischer Autonomie

Kurdische Perspektiven im Irak nach der Befreiung von Mossul

Den Abspaltungsbestrebungen in der Autonomen Region Kurdistans, und den zentralistischen Machtphantasien Bagdads steht in Şengal die Idee eines basisdemokratischen und vielfältigen Zusammenlebens gegenüber. Insbesondere die Institutionen der Zivilgesellschaft in Deutschland sollten die Chance erkennen, die sich mit Şengal für den gesamten Irak bietet und ihr Engagement dementsprechend ausrichten.

1. Einleitung

Der Irak steht vor wegweisenden Entscheidungen, die seine Zukunft für Generationen prägen werden. Nach der Befreiung Mossuls und dem kurdischen Unabhängigkeitsreferendum stellt sich die Frage nach einer politischen Lösung der jahrzehntealten Konflikte innerhalb des Landes. Während sich regionale und internationale Kräfte über die Notwendigkeit einer militärischen Zerschlagung des Islamischen Staates (IS) weitgehend einig sind, fehlt es derzeit an klaren politischen Lösungsperspektiven für den Irak in der Post-IS-Ära. Weder die USA oder Russland, noch die regionalen Mächte wie der Iran oder die Türkei haben eine Vorstellung von einer möglichen friedlichen politischen Ordnung für den Vielvölkerstaat. Die angespannte Situation in Mossul, aber auch in den vorwiegend sunnitischen und den kurdischen Provinzen unterstreicht die Dringlichkeit eines politischen Verständigungsprozesses aller Völker, Glaubensgruppen und anderer gesellschaftlicher Gruppen. Folgt auf die Militäroperation gegen den IS keine politische Ordnung, die der gesellschaftlichen Vielfalt des Iraks Ausdruck verleiht, droht die Fortsetzung und Ausweitung der seit der Irakintervention 2003 andauernden kriegerischen Auseinandersetzungen in dem Land. Vor dem Hintergrund der sich daraus ergebenden notwendigen Demokratisierung des Iraks sind die Diskurse innerhalb der kurdischen Gesellschaft von exemplarischer Bedeutung.

Der Kampf gegen den IS dauert gegenwärtig zwar noch an, doch die politischen Kräfte in der Region konkurrieren bereits um die Gestaltungshoheit bei der Neuordnung der Region. Die kurdischen Akteure sehen in der gegenwärtigen Phase auch ihre Zeit gekommen. Sie haben sowohl in Syrien als auch im Irak einen hohen Tribut im Kampf gegen den sog. Islamischen Staat gezahlt und zahlen diesen weiterhin. Mit hundertjährigem Verzug fordern sie aus diesem Grund die Anerkennung ihres Rechts auf Selbstbestimmung. Im Norden Syriens haben die Kurden es geschafft, gemeinsam mit der ethnischen und religiösen Vielfalt der Region ein System zu etablieren, das die Umsetzung dieses Rechts auch ohne Nationalstaatlichkeit ermöglicht. Im Irak hingegen konkurrieren zwei unterschiedliche Ansichten darüber, wie das Recht der Kurden auf

Selbstbestimmung umgesetzt werden kann: Die demokratische Autonomie von Şengal, welche sich am Modell der Demokratischen Föderation Nordsyrien orientiert, und das Modell der kurdischen Nationalstaatlichkeit, welches unter der Führung von Masud Barzani in der Autonomen Region Kurdistan (Südkurdistan) angestrebt wird. Während das erstere Modell staatliche Grenzen für obsolet betrachtet, sie überwinden und auf Grundlage von Basisdemokratie die Selbstbestimmung garantieren will, betrachtet das letztere Modell den eigenen Nationalstaat als einzig möglichen Garant für die Gewährleistung dessen, dass die Kurden im heutigen Irak in Zukunft selbstbestimmt und souverän leben können.

Zwar findet das Unabhängigkeitsreferendum in der Autonomen Region Kurdistan (Südkurdistan) auch hierzulande Eingang in die Medien, doch den Entwicklungen in der Region Şengal wird kaum Beachtung geschenkt. Dabei kann sich das in Şengal ausgerufene Projekt der Demokratischen Autonomie zu einem Modell für die Demokratisierung nicht nur Südkurdistans, sondern des gesamten Iraks entwickeln. Setzen sich die Kräfte durch, die im Namen der Hegemonialpolitik ein Interesse an einer Destabilisierung der Region haben, werden sich die ethnisch und religiös motivierten Konflikte im Irak intensivieren und angrenzende Länder zunehmend destabilisieren. In diesem Fall wird auch Europa die Folgen in Form anhaltender Geflüchtetenbewegungen spüren.

2. Bedeutung des Iraks in einer krisengeschüttelten Region

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts nahm der Nahe und Mittlere Osten eine völlig neue Form an. Unter der Führung der Siegermächte des 1. Weltkriegs kam es zu einer Neuordnung der Region. Es wurden quasi mit dem Lineal neue Nationalstaaten geschaffen, die unter dem direkten Einfluss der einen oder anderen Siegermacht standen. Ein Ergebnis dieser Neuordnung waren insgesamt 22 arabische Nationalstaaten. Die gewachsenen sozialen, kulturellen und politischen Verhältnisse der Region wurden bei der Neuordnung der Region kaum berücksichtigt, wohl auch um eine nachhaltige Stabilisierung der geschaffenen Staatsgebilde von vornherein zu unterbinden.

Der Irak mit seinen wechselnden konfessionell dominierten sektiererischen Regierungskonstellationen ist ein Beispiel dieser Neuordnung, Syrien ein anderes. Seither schwelen vielfältige Konfliktherde, die mal entlang ethnisch-religiöser, mal entlang wirtschaftlich-politischer Konfliktlinien verlaufen, und immer wieder zu offenen militärischen Konflikten führen.

Dem Irak hat gestern wie heute aus verschiedenen Faktoren eine besondere Bedeutung in der Region: ihm kommt aufgrund seiner jahrtausendealten Geschichte als Entstehungsort der Zivilisation, als Ort der landwirtschaftlichen Revolution und Heimatort für die verschiedensten Völker eine wichtige identitätsstiftende Rolle zu. Seine geographische Lage und sein Öl- und Wasserreichtum machen den Irak zudem zu einem geopolitisch und wirtschaftlich entscheidenden Ort. Mit seiner kurdi-

schen Bevölkerung im Norden des Landes ist er außerdem Teil der 100 Jahre alten Ordnung des Nahen und Mittleren Ostens, die auf der Verleugnung und Unterdrückung des kurdischen Volkes basiert. Die daraus resultierenden Aufstände und politischen Unabhängigkeitsbestrebungen der Kurden halten bis heute an und stellen sowohl für den Irak, als auch für die gesamte Region eines der Hauptherausforderungen dar, das es zu lösen gilt.

Die Bevölkerung des Iraks setzt sich aus einer Vielfalt verschiedenster Völker und Religionen zusammen. Neben Arabern stellen auch Kurden und Turkmenen große Teile der Bevölkerung. Sunnitische und schiitische Muslime bilden die größten Konfessionsgruppen. Aber traditionell ist der Irak auch die Heimat hunderttausender Êzîden, Christen und Juden. Das Land ist mit seiner vielfältigen Bevölkerung keine Ausnahme in der Region. Doch ein Weg, die Pluralität des Landes angemessen in das politische System des Iraks einfließen zu lassen, konnte in der Geschichte des Landes nicht gefunden werden. Stattdessen sind die gesellschaftlichen Konflikte des Iraks seit seiner Gründung 1920 geradezu einer permanenter Dauerzustand. Auch infolge der internen Probleme befand sich der Irak seither in starker Abhängigkeit anderer Mächte wie Englands, den USA, Russlands oder des Irans. Innenpolitisch wurde der immer wieder aufkeimende Unmut religiöser oder ethnischer Gruppen und auch der starken kommunistischen Bewegungen in den 50er und 60er Jahren stets mit massiver Gewalt und Unterdrückung begegnet. Das im Westen wohl bekannteste Beispiel dafür liefert die Herrschaft Saddam Husseins zwischen 1979 und 2003.

Der noch junge irakische Nationalstaat kann somit nur sehr begrenzt auf eigene demokratische Traditionen zurückgreifen. Die Völker des Iraks verfügen jedoch jeweils über jahrtausendealte demokratische Organisierungsformen wie lokaler Selbstverwaltung, der nachhaltigen Nutzung natürlicher Ressourcen und dem friedlichen Handel miteinander. Vor dem Hintergrund der jahrzehntealten ungelösten Konflikte innerhalb des Iraks drängt sich die Frage auf, wie ein nachhaltiger Frieden in dem Land erreicht werden kann.

3. Befreiung Mossuls vor dem Hintergrund des Chaos im Mittleren Osten

Mit der Einnahme Mossuls durch den IS im Jahr 2014 veränderte sich die Ordnung im Nahen und Mittleren Osten grundlegend. Der IS eroberte die Stadt praktisch kampflos über Nacht und erbeutete neben hunderten von Millionen Dollar aus den Beständen der Irakischen Nationalbank auch Panzer, Geschütze und andere Waffen der irakischen Armee. Mit diesen Waffen, die vorwiegend aus amerikanischer Produktion stammten, setzte der IS seinen Êzîden Vormarsch in der Region praktisch ungehindert fort. Die kulturellen, sozialen und politischen Wurzeln des IS liegen im Irak. Indem er die Frustration der sunnitischen Bevölkerung nutzte und die Unterstützung der Stämme in den sunnitischen Provinzen gewann, wurde dem IS eine rasante und praktisch widerstandslose Ausbreitung ermöglicht. Die Führungskader des IS rekrutieren sich aus hochrangigen Mitgliedern von Saddams Sicherheitsapparat. Der IS nutzte die kulturelle, soziale und politische Krise des Irak, um weite Teile des Landes unter seine Kontrolle

zu bringen. Neben Mossul griff er auch die êzîdische Region Şengal, die ölreiche Stadt Kirkuk und den symbolträchtigen Ort Maxmur an. Kurzzeitig schien auch eine Eroberung der südkurdischen Hauptstadt Erbils möglich, weshalb zehntausende Menschen im Sommer 2014 fluchtartig die Stadt verließen. Der IS hatte den Mythos der unbesiegbaren Armee errungen und verbreitete auf diese Weise Angst und Schrecken in der Region. Erst mit dem Eingreifen der HPG (Hêzên Parastina Gel - bewaffnete Kräfte der PKK) in Kirkuk, Maxmur und Şengal konnte der IS im Norden des Iraks bzw. in Südkurdistan gestoppt werden. Im Norden Syriens, genauer in Kobanê erfuhr die Organisation dann durch den Widerstand der kurdischen YPG (Yekîneyên Parastina Gel - Volksverteidigungskräfte) und YPJ (Yekîneyên Parastina Jin - Frauenverteidigungseinheiten) im Winter 2014/2015 die ersten schweren militärischen Niederlagen und war schließlich seinen Mythos der Unbesiegbarkeit los.

Dennoch hielt der IS knapp drei Jahre Mossul besetzt. Nach achtmonatigen Kämpfen verkündete die irakische Regierung im Juli dieses Jahres die Befreiung der Stadt. Eine Allianz widersprüchlicher Akteure hatte sich an der militärische Offensive beteiligt. Während der Vorbereitung der Mossul-Operation kam es monatelang zu einem offen ausgetragenen Tauziehen zwischen den Akteuren, die sich von ihrer Teilnahme an der Operation ein Mitspracherecht an der Zukunft der ölreichen Provinz versprachen. Sie verfolgten damals und heute jeweils unterschiedliche Interessen, die Ausdruck eines generellen Konfliktes um die Umgestaltung des Nahen und Mittleren Ostens sind. Die Türkei versucht durch ihre Militärbasen in Başika und zahlreichen anderen Orten in Südkurdistan (Nordirak) und durch ihr Bündnis mit der KDP Einfluss auf die Mossul-Operation und die Zukunft der Stadt zu nehmen. Auf ihrer Militärbasis in Başika, die sich in unmittelbarer Nähe nordöstlich von Mossul befindet, bildete sie sunnitische Milizen und kurdische Peshmerga aus, die sich an der Befreiung Mossuls aktiv beteiligten. Mit der starken eigenen Militärpräsenz in der Nähe Mossuls unterstreicht die Türkei seither ihren Anspruch auf die Stadt und weitere Regionen wie Tall Afar und Şengal. Es bleibt abzusehen, wie sich die türkischen Ansprüche nun nach dem Fall Mossuls konkret äußern werden. Die Aufgabe der kurdischen Peshmergakräfte bei der Befreiungsoperation von Mossul endete hingegen vor den Toren der Stadt. Ob sie ein Mitspracherecht bei der Zukunft der Stadt haben werden, bleibt ebenfalls offen. Die irakische Zentralregierung jedenfalls beansprucht Mossul für sich und trug insbesondere durch ihre Spezialkräfte die militärische Hauptlast der Operation. Durch die starke Zusammenarbeit mit schiitischen Milizen, die vom Iran ausgebildet, finanziert und z.T. direkt befehligt werden, gelang der irakischen Zentralregierung die Befreiung Mossuls. Als problematisch gestaltet sich jedoch, dass Mossul eine vorwiegend sunnitische Region ist, deren Bevölkerung angesichts der schiitischen Kräfte des Iraks und der iranischen Milizen großes Unbehagen empfindet. Auch die internationale Koalition unter Führung der USA beteiligte sich an der Operation. Durch umfangreiche Luftangriffe, Artilleriebeschuss und den Einsatz von Spezialkräften wurde der Widerstand des IS gebrochen. Neben amerikanischen Soldaten waren u.a. britische,

französische und belgische Kräfte vor Ort im Einsatz. Die internationalen Akteure werden sich von ihrer Beteiligung an der Operation Gegenleistungen in wirtschaftlicher, politischer und militärischer Form erhoffen.

Nach den achtmonatigen Kämpfen ist Mossul weitgehend zerstört. Die einstige zweitgrößte Stadt des Irak mit ihrer herausragenden kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Bedeutung für den Nahen und Mittleren Osten liegt weitgehend in Trümmern und hat hunderttausende ihrer Bewohnerinnen und Bewohner verloren. Nun zeigt sich, dass keiner der Akteure eine klare Vorstellung von einer langfristigen politischen Lösung für Mossul hat. Die Herausforderung besteht darin, dass zerrüttete Verhältnis der verschiedenen Bevölkerungsgruppen wiederherzustellen und in eine stabile politische Ordnung zu überführen. Die turkmenische, arabische und kurdische Bevölkerung mit ihren sunnitischen, christlichen und anderen Konfessionen blickt auf jahrzehntealte Konflikte zurück, die zu Misstrauen und offenem Hass geführt haben. Berichte über Folter und Hinrichtungen durch schiitische Milizen und irakische Militärs befeuern die Konflikte vor Ort. Vor diesem Hintergrund bedarf es eines politischen Prozesses, der die gesellschaftlichen Konflikte anerkennt, aufarbeitet und die Entscheidung über die Zukunft Mossuls auf eine breite gesellschaftliche Basis stellt. Werden die unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen nicht an der Zukunftsgestaltung beteiligt, droht ein erneuter und langandauernder Krieg insbesondere zwischen der sunnitischen Bevölkerung und den schiitischen Militärkräften, aber auch zwischen der kurdischen und arabischen Bevölkerung Mossuls.

4. Unabhängigkeitsreferendum in Südkurdistan im Kontext eines zunehmend instabilen Iraks

Vor dem Hintergrund der schwelenden Probleme im Land hat der Präsident der Autonomen Region Kurdistans, Masud Barzani, die Kurden im Irak über die Unabhängigkeit abstimmen lassen. In der jüngeren Vergangenheit hatte Barzani bereits mehrfach die Abspaltung Südkurdistans vom Rest des Iraks angekündigt. Am 25. September setzte er schließlich tatsächlich ein Referendum zu der Frage der Unabhängigkeit entgegen des internationalen Drucks durch. Die Entscheidung Barzanis, die Folgen eines Referendums für den Irak und die Reaktionen regionaler und internationaler Akteure lassen sich nur vor dem Hintergrund der oben beschriebenen vielfältigen Spannungen im Irak verstehen.

Barzanis Vorstoß fällt innerhalb der Bevölkerung Südkurdistans wie erwartet auf fruchtbarem Boden. Laut offiziellen Ergebnissen haben bei einer Wahlbeteiligung von 72% fast 93% für die Unabhängigkeit gestimmt. Auch in den sog. umstrittenen Gebieten Südkurdistans wie Kirkuk – also Orte, die über eine mehrheitlich kurdische Bevölkerung verfügen, aber nicht Teil der Autonomen Region Kurdistan sind – wurde abgestimmt. Die Grundlage dieses eindeutigen Ergebnisses bildet die mehr als 100jährige Sehnsucht der Kurden nach Selbstbestimmung. Dabei vermitteln die Äußerungen Barzanis den Eindruck, der südkurdischen Bevölkerung böte sich mit dem Unabhängigkeitsreferendum ein Weg für eine friedliche und prosperierende Zukunft. Vielfach wird der Einfluss Bagdads als Ursache für die bestehenden sozialen und po-

litischen Probleme in der Autonomen Region Kurdistan ausgemacht. Neben der Sehnsucht nach Selbstbestimmung bildet die These, dass sich mit der „Befreiung vom Joch Bagdads" auch die bestehenden sozialen Probleme in Südkurdistan leichter lösen lassen, den Antriebsmotor für die Unterstützer einer Abspaltung.

Grundlegend müssen wir jedoch davon ausgehen, dass eine Lösung der tiefgreifenden gesellschaftlichen Probleme in der Autonomen Region Kurdistan durch das Referendum nur bedingt erreicht werden können. Die einseitige wirtschaftliche Abhängigkeit von der Türkei und die Gefahr eines neuen Konflikts zwischen der kurdischen und arabischen Bevölkerung des Iraks stellen die wichtigsten Problemfelder für das Unabhängigkeitsbestreben der Kurden in Autonomen Region dar. Auch die fast ausnahmslose Ablehnung des Unabhängigkeitsreferendums durch die internationale Staatengemeinschaft macht die Angelegenheit für die Bevölkerung Südkurdistans nicht einfacher. Die türkische und die irakische Regierung haben durch eine gemeinsame Militärübung am Tag vor dem Referendum zudem bereits deutlich gemacht, dass die militärische Karte für sie im Kampf gegen die kurdische Unabhängigkeit eine ernsthafte Option darstellt.

Wirtschaftspolitisch dürfte die einseitige Abhängigkeit von der Türkei ebenfalls eine große Schwierigkeit für die Autonome Region Südkurdistans darstellen. Die türkische Dominanz in den Außenhandelsbeziehungen der Autonomen Region Kurdistans ist ungebrochen. So überqueren pro Jahr rund 1,4 Mio. Lastwagen den einzigen türkisch-irakischen Grenzübergang Habur. Die Einnahmen der Region hingegen werden fast ausschließlich über den Erdölverkauf über die Türkei generiert. Diese Situation verschafft Ankara ein enormes Druckmittel gegenüber den südkurdischen Unabhängigkeitsbestrebungen. So vermeldeten regierungsnahe Kreise aus der Türkei am Tag nach dem Referendum, dass der Grenzübergang Habur zwar noch offen sei, dies sich aber entsprechend der politischen Entwicklungen jederzeit ändern könne. Der türkische Staatspräsident konkretisierte diese Drohung gar mit den Worten, dass die Menschen in Südkurdistan weder Essen noch Trinken finden würden, wenn die Türkei sich für wirtschaftliche Sanktionen entscheiden würde. Gleichzeitig zeigt sich in den vergangenen Tagen, dass die türkische Regierung insbesondere in der Stadt Kirkuk versucht, die turkmenische Bevölkerung gegen die kurdischen Unabhängigkeitsbestrebungen aufzustacheln. Das geschieht in erster Linie über die sog. Turkmenenfront des Irak (ITC), die direkte Unterstützung aus Ankara erfährt.

Die politische und wirtschaftliche Abhängigkeit Erbils von Ankara wird ergänzt durch eine schwerwiegende Krise der eigenen politischen Institutionen. Das südkurdische Parlament ist bis auf die kurzfristig angesetzte Sitzung Mitte September diesen Jahres seit 2015 nicht mehr zusammengetreten. Dem Parlamentspräsidenten wird seit 2015 der Zutritt zur Hauptstadt Erbil verweigert, obwohl seine Gorran-Partei Teil der Regierung ist. Auch die Regierungspartei PUK ist massivem Druck seitens der KDP ausgesetzt und damit stark in ihrem Handlungsspielraum eingegrenzt. 2015 endete zudem die verfassungsmäßige Präsidentschaftszeit Masud Barzanis, der sich seither praktisch ohne demokratische Legitimation an der Macht

www.civaka-azad.org
info@civaka-azad.org
030/91446137
0178/6066117

hält.

Das Unabhängigkeitsreferendum ist für Barzani und seine KDP deshalb auch eine Flucht nach vorne. Die zunehmende Kritik an seiner Politik aufgrund der wirtschaftlich-politischen Missstände in Südkurdistan wird durch sein Bestreben für die Unabhängigkeit stumm geschaltet. Kritik an der Politik Barzanis wird deshalb gegenwärtig nahezu mit Verrat an der „kurdischen Sache" gleichgesetzt. Das verschafft dem langjährigen Präsidenten neuen Rückhalt. Das Image Masud Barzanis schien dabei in den letzten Jahren immer weitere Makel zu bekommen. Besonders der kampflose Rückzug der Peshmergakräfte aus Şengal im August 2015 als der IS die Stadt erstürmte und daraufhin einen Genozid an der êzîdisch-kurdischen Bevölkerung verübte, hatte weit über Şengal zu Wut und Kritik gegenüber den Präsidenten der kurdischen Autonomieregion geführt. Auch aus diesem Grund wird sich Barzani wohl quasi im Alleingang für die Durchführung des Unabhängigkeitsreferendums entschieden haben. Es gibt kein besseres Mittel, um die ins Wanken geratene Macht nachhaltig zu konsolidieren, als der Wegbereiter für die Umsetzung des langersehnten Traums der Kurden nach Selbstbestimmung zu werden. Erfüllt Barzani der südkurdischen Bevölkerung diesen Traum, werden viele ihm seine vergangenen politischen Fehler sicherlich verzeihen.

Doch dem Präsidenten der Autonomen Region Kurdistan wird auch bewusst sein, dass der Weg zur Unabhängigkeit trotz des erfolgreichen Referendums keineswegs in Stein gemeißelt ist. War die Ablehnung des Referendums durch die irakische Zentralregierung, die Türkei und auch dem Iran erwartet worden, können die Gegenstimmen aus den USA und der EU als herber Rückschlag für die Unabhängigkeitsbestrebungen gewertet werden. Kurz vor dem angesetzten Referendumstermin machte die amerikanische Regierung bei Gesprächen mit der irakisches Zentralregierung, der PUK und der KDP deutlich, dass sie gegen die Durchführung des Referendums ist. Die USA verfolgen zwei grundlegend andere Ziele, deren Umsetzung von einem südkurdischen Referendum und den damit einhergehenden Konflikten zwischen Erbil und Bagdad gefährdet würde: Zum einen soll der IS zerschlagen werden und zum anderen möchte die USA den Einfluss des Irans in der Region zurückdrängen. Ein arabisch-kurdischer Krieg im Irak käme den USA entsprechend ungelegen. Mit Deutschland hat auch eine entscheidende europäische Macht ihre Unterstützung für das Unabhängigkeitsreferendum verweigert. Damit fehlt der südkurdischen Regierung die Unterstützung praktisch aller ihrer Verbündeten. Vor diesem Hintergrund hat Barzani kurz vor dem Referendum bereits die Erwartungen gedämpft und zum Ausdruck gebracht, dass die Referendumsergebnisse noch nicht gleichbedeutend mit der Unabhängigkeit seien. Man werde mit der Unterstützung der Bevölkerung im Rücken in Verhandlungen mit der Zentralregierung gehen und diese könnten durchaus ein oder zwei Jahre andauern.

Die Gesamtsituation macht deutlich, dass sich der Präsident der Autonomen Region Kurdistans mit seinem politischen Alleingang für die Unabhängigkeit Südkurdistans gewissermaßen in die Sackgasse manövriert hat. Die Durchführung des Referendums hat ihm kurzfristig zwar bei den Kurden über die Autonome Region hinaus Sympathien verschafft. Doch nun werden

die Menschen praktische Schritte von Barzani in Richtung Unabhängigkeit erwarten, die er kaum im Stande ist, zu bewältigen. Hinzu kommt ein immenses Bedrohungsszenario für die Menschen der Region durch das Säbelrasseln Bagdads, Ankaras und Teherans. Vor dem Hintergrund dieser Situation tun sich Barzani deshalb zwei Wege auf: Entweder er knickt aufgrund des internationalen Drucks ein und macht bei den Bestrebungen nach Unabhängigkeit einen Rückzieher. Nach erfolgtem Referendum käme dies allerdings wohl einem politischen Selbstmord gleich. Oder er sucht den Weg des innerkurdischen Dialogs, lässt zunächst das Parlament der Autonomen Region Kurdistan wieder in Kraft treten und geht auf die Forderung nach der Einberufung kurdischen Nationalkonferenz ein, wie sie von verschiedenen kurdischen Akteuren geäußert, von der KDP bislang allerdings abgelehnt wird. Nur mit der Zusammenarbeit aller kurdischen Akteure in der Region kann wohl dem türkisch-iranisch-irakischem Bedrohungsszenario etwas entgegengesetzt und der Forderung nach der Umsetzung Selbstbestimmungsrechts der Kurden auf die eine oder andere Weise entsprochen werden.

5. Entwicklungen in Şengal als Modell für einen demokratischen Irak

Das Hauptaugenmerk aller Akteure im Nahen und Mittleren Osten richtete sich in den letzten sechs Jahren auf Syrien. Die abnehmende Intensität des syrischen Krieges und die oben beschriebenen steigenden Spannungen im Irak deuten darauf hin, dass der Schwerpunkt des Krieges sich in nächster Zeit Richtung Osten und damit in den Irak verschieben kann. Dafür sprechen vor allem die zunehmende Verdrängung des IS aus Syrien im Zuge der Rakka- und Deir ez-Zor-Operation, der zunehmende Rückzug des IS in die sunnitischen Provinzen des Irak, die innenpolitischen Spannungen im Irak entlang konfessioneller und ethnischer Linien und die ausgetragenen Konflikte zwischen dem Iran und seinen sunnitischen Widersachern unter Führung der USA. Jeder Faktor für sich bietet Anlass zur Sorge, zeigt jedoch zeitgleich Wege zur Lösung der Probleme des Iraks auf. Um einen ähnlich verheerenden Krieg wie in Syrien zu verhindern und politische Lösungen für einen nachhaltigen Frieden im Irak zu finden, führt kein Weg an einer grundlegenden Demokratisierung des Landes vorbei. Die Erfahrungen aus der Zeit der irakischen Diktaturen, das Chaos nach der amerikanischen Invasion im Jahr 2003 und die derzeitigen Konflikte um das kurdische Unabhängigkeitsreferendum zeigen, dass den vielfältigen Forderungen der ethnischen, religiösen und anderen Gruppen im Irak nicht länger mit einem zentralistischen, auf arabischem Nationalismus basierenden System entsprochen werden kann. Entweder der Irak wählt den Weg der Demokratisierung oder er begibt sich in die Gefahr, Schauplatz für die Austragung der widersprüchlichen Interessen irakischer, regionaler und internationaler Kräfte zu werden. Die Folge wäre ein langandauernder und für die Bevölkerung des Iraks verheerender Krieg, der alle seine Nachbarländer massiv destabilisieren würde.

International weitgehend unbeachtet wird derzeit auf irakischem Boden ein politisches Projekt umgesetzt, das sich als wegweisend für das Land und die gesamte Region erweisen könnte. In der Region Şengal, die zuletzt im Spätsom-

www.civaka-azad.org
info@civaka-azad.org
030/91446137
0178/6066117

mer 2014 durch den Völkermord des IS an den Êzîdinnen und Êzîden in den Schlagzeilen war, wurde am 20. August diesen Jahres die demokratische Autonomie ausgerufen. In einer Pressekonferenz des Rates der Demokratischen Autonomie Şengal wurde in Anwesenheit u.a. der beiden Ko-Vorsitzenden des Rates Hisên Hecî Nefso und Riham Baqi Hıco, des YBŞ-Kommandanten Seîd Hesen Seîd (Widerstandseinheiten Şengal) und des Ko-Vorsitzenden des Jugendrates von Şengal Îbrahîm Omer in einer gemeinsamen Erklärung bekannt gegeben, dass die Êzîden im Rahmen des Projekts der Demokratischen Autonomie Strukturen der Selbstverwaltung und Selbstverteidigung für Şengal aufbauen werden. Die Entscheidung wird insbesondere mit den Erfahrungen des letzten Genozids im Jahr 2014 und dem fehlenden Schutz durch die Kräfte der KDP begründet. Erklärtes Ziel des Rates ist es, mit dem Aufbau der Selbstverwaltungsstrukturen in Şengal den hunderttausenden Êzîden im Nahen und Mittleren Osten, aber auch in Europa eine Rückkehr nach Şengal zu ermöglichen.

Vor dem Hintergrund der Notwendigkeit einer Demokratisierung des Iraks erscheint ein genauerer Blick auf die 23 Punkte umfassende Erklärung der Demokratischen Autonomie Şengals lohnenswert. In der Erklärung werden die grundlegenden Prinzipien der demokratischen Selbstverwaltung festgelegt, die Beziehungen zur südkurdischen und irakischen Regierung beschrieben und politische Forderungen an die internationale Staatengemeinschaft formuliert. Beabsichtigt wird der Aufbau eines basisdemokratischen Rätesystems. So wird in Punkt 8 festgelegt: „Jede Stadt und jedes Dorf wird von jeweils von einem lokalen Rat geführt. [...] Alle Entscheidungen, die nur die jeweilige Stadt bzw. das jeweilige Dorf betreffen, werden von den lokalen Räten gefällt.“ Diese lokalen Räte setzten sich aus allen Menschen in den jeweiligen Dörfern oder Städten zusammen. Die Dachorganisation, unter der sich alle lokalen Räte organisieren, ist der Volksrat Êzidîxan. Dieser Volksrat setzt sich zu 65% aus Vertreterinnen und Vertretern der lokalen Räte zusammen. 35% seiner Plätze sind zivilgesellschaftlichen Organisationen vorbehalten (Punkt 14). Nach einer Aufbauphase soll der Volksrat Ezidîxan in allgemeinen Wahlen bestimmt werden. Allen Gruppen der Gesellschaft wird das Recht zugesprochen, sich eigenständig und entlang der eigenen Interessen im Rahmen des Rätesystems zu organisieren (Punkt 9). Punkt 10 legt fest, dass Frauen sich auf allen Ebenen autonom organisieren und das Recht auf autonome Entscheidungsfindung haben (Punkt 10). Dementsprechend wird eine Frauenquote von 40% in allen Räten festgelegt. Zudem besteht eine Jugendquote von 15% (Punkt 11). In Punkt 6 wird festgelegt, dass im Rahmen des Rätesystems Kommissionen für Gesundheit, Bildung, Kultur, Wirtschaft, Handel, Justiz und weitere Felder gegründet werden, die sich aus den Zuständigen für die jeweiligen Themengebiete zusammensetzen. Ein wichtiges Prinzip ist die Freiheit und Unabhängigkeit der Presse, die sich mit ihren eigenen Institutionen

im Rahmen des Rätesystems organisiert (Punkt 7). Unter dem Dach des Volksrates Êzidîxan sollen zudem alle militärischen Kräfte organisiert und somit Êzidîxan-Selbstverteidigungskräfte gegründet werden (Punkt 3). Zugleich wird gefordert, dass alle auswärtigen militärischen Kräfte aus Şengal abge-

zogen werden und keine neuen Militärkräfte von außen in die Region entsandt werden (Punkt 20). Mit der südkurdischen und der zentralirakischen Regierung werden diplomatische Beziehungen angestrebt und zugleich gefordert, dass der Autonomiestatus Şengals in der südkurdischen und der irakischen Verfassung festgehalten werden (Punkt 17 und 18). Punkt 15 legt fest, dass die Bevölkerung Şengals in einem Referendum über den Status der Region abstimmen können soll. Auf Ebene der internationalen Staatengemeinschaft wird die Gründung einer UN-Kommission für die demokratische Autonomie Êzidîxans gefordert. Unter Leitung der UN sollen in ihr Vertreterinnen und Vertreter des Volksrats Êzidîxan, des Iraks, der südkurdischen Regierung, der PKK und der Demokratischen Föderation Nordsyriens vertreten sein.

Die Entwicklungen in Şengal nach der Ausrufung der Demokratischen Autonomie werden daher von großer Bedeutung für die Bevölkerung Şengals und des gesamten Iraks sein. Mit seinen Ähnlichkeiten mit dem Selbstverwaltungsmodell der Föderation Nordsyrien stellt die demokratische Autonomie ein Konzept dar, welches das Selbstbestimmungsrecht der Völker von dem Dogma löst, dass dieses nur durch die Errichtung eines Nationalstaates möglich ist. Es stellt deshalb nicht nur eine Alternative für die Bestrebungen nach Unabhängigkeit in Südkurdistan, sondern auch eine Perspektive des friedlichen Zusammenlebens aller Völker im Irak und darüber hinaus dar.

Doch auch im Falle von Şengal formieren sich die Gegner des Modells der demokratischen Autonomie, um die Selbstverwaltungsbestrebungen der Êzîden zu torpedieren. Selbst wenn gegenwärtig die Gefahr durch den IS für Şengal gebannt ist, stellt die Präsenz der schiitischen Hashd al-Shaabi Miliz vor den Toren der Stadt eine unberechenbare Gefahrenlage für die Lokalbevölkerung Şengals dar. Eine mindestens ebenso große Gefahr geht von der Türkei aus, die bereits Ende April dieses Jahres Luftangriffe gegen die Region flog. Auch die KDP unter der Führung Barzanis ließ sich von der Türkei für die Attacken auf Şengal einspannen. Am 2. und 3. März dieses Jahres kam es zu einem Angriff seitens der KDP-Kräfte gegen die Verteidigungseinheiten Şengals, bei dem mehrere Verteidigungseinheiten der Selbstverwaltung getötet wurden. Bei dem Angriff der sog. Roj-Peshmerga, die unter dem Kommando von Barzanis Partei stehen, kamen nachweislich auch deutsche Waffen zum Einsatz, die von der Bundesregierung ursprünglich für den Kampf gegen den IS in die Region entsandt wurden. Neben dem Einfluss der Türkei dürfte die Furcht vor der Etablierung eines alternativen Gesellschaftsmodells in Südkurdistan die Partei Barzanis zu diesem Angriff bewegt haben. Bei der Bevölkerung Şengals hingegen genießt die KDP seit dem kampflosen Rückzug ihrer Peshmerga vor dem Angriff des IS auf die Stadt im August 2014 keinerlei Vertrauen mehr.

6. Handlungsempfehlungen an die Zivilgesellschaft und die deutsche Regierung

Die Demokratisierung des Mittleren Ostens ist und bleibt eine der Hauptherausforderungen unserer Zeit. Die Tragweite der Situation im Irak wird in diesem Zusammenhang erkennbar. Um ein zweites Syrien in der Region zu verhindern, sind Schritte in Richtung eines

demokratischen Iraks dringend notwendig. Geschieht dies nicht, können die schwerwiegenden sozialen, kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Risse in der irakischen Gesellschaft einem erneuten Krieg den Weg bereiten. Kräfte wie der IS werden am stärksten von den ungelösten gesellschaftlichen Problemen des Iraks profitieren, was wiederum schwerwiegende Folgen für die Region aber auch Europa hätte. Um eine derartige Entwicklung zu verhindern, gilt es die demokratischen Kräfte im Irak zu unterstützen. Das Projekt der Demokratischen Autonomie in Şengal bietet dafür einen Ansatzpunkt, den es ernst zu nehmen gilt. Den Abspaltungsbestrebungen in der Autonomen Region Kurdistans, und den zentralistischen Machtphantasien Bagdads steht in Şengal die Idee eines basisdemokratischen und vielfältigen Zusammenlebens gegenüber. Insbesondere die Institutionen der Zivilgesellschaft in Deutschland sollten die Chance erkennen, die sich mit Şengal für den gesamten Irak bietet und ihr Engagement dementsprechend ausrichten.

Handlungsempfehlungen an die Zivilgesellschaft in Deutschland:

» Der Wiederaufbau Şengal bedarf umfangreicher materieller Unterstützung. Die zivilgesellschaftlichen Institutionen Deutschlands sind daher dazu aufgerufen, den Aufbau der Institutionen in der Region zu unterstützen. Hilfestellungen in Form von Geld und Material werden dringend benötigt, um den Aufbau von Kindergärten, Schulen und Krankenhäusern, aber auch der zerstörten Dörfer und Städte zu ermöglichen.

» Fachdelegationen im Bereich der Medizin, Bildung, Entwicklungshilfe etc. wären ein wichtiger Beitrag zur „Hilfe zur Selbsthilfe“. Im Rahmen mehrwöchiger Bildungseinheiten und mehrmonatiger Mitarbeit vor Ort könnte dringend benötigtes Fachwissen an die Selbstverwaltungsstrukturen Şengals weitergegeben werden.

» Die zivilgesellschaftlichen Institutionen sind dazu aufgerufen, im Rahmen von Menschenrechtsbeobachtungsdelegationen zu dokumentieren bzw. zu verhindern, dass es wie in der Vergangenheit zu militärischen Provokationen gegen Şengal kommt. Insbesondere in der Region Khanesor (Xanesor) kam es in den letzten Monaten wiederholt zu Angriffen der sogenannten Roj-Peshmerga, bei denen neben Angehörigen der Selbstverteidigungskräfte Şengals auch eine Journalistin und Zivilisten ums Leben kamen. Zugleich könnten entsprechende Delegationen einen Beitrag dazu leisten, den Kriegsdrohungen der Türkei gegenüber Şengal wirksam entgegenzutreten.

» **Handlungsempfehlungen an die zukünftige deutsche Bundesregierung:**

» Die zukünftige Bundesregierung ist dazu aufgerufen, gegen die anhaltende Aggression und Kriegsrhetorik aus der Türkei, welche sich nach dem Unabhängigkeitsreferendum verschärft hat, Stellung zu beziehen. Bereits jetzt fliegt die Türkei regelmäßig Luftangriffe gegen Gebiete in Südkurdistan, bei denen es immer wieder zu zivilen Opfern kommt. Die Türkei führt derzeit eine grenzübergreifende kurdenfeindliche Kriegspolitik, die im erheb-

www.civaka-azad.org
info@civaka-azad.org
030/91446137
0178/6066117

lichen Maß die Region destabilisiert. Die Bundesregierung sollte mit diplomatischem Druck, falls nötig unter Einsatz von Sanktionen, versuchen die Türkei von ihrer Aggressionspolitik abzubringen.

» Die deutsche Bundesregierung ist dazu aufgerufen, die Einrichtung der oben beschriebenen UN-Kommission für die demokratische Autonomie Êzidîxans zu unterstützen. Damit würde sie einen wichtigen Beitrag zum politischen Dialog der demokratischen Selbstverwaltungsstrukturen Şengals, der irakischen Zentralregierung und der Autonomen Region Kurdistan unter internationaler Vermittlung leisten.

» Als weitere Handlungsempfehlung sind Schritte und Möglichkeiten für den Schutz der Êzîden zu prüfen, die in ihren Heimatgebieten weiterhin von Angriffen der IS bedroht sind. Hilfe- und Unterstützungsleistung bei dem Aufbau der sich neukonstituierenden demokratischen Autonomie in Şengal stellen einen wichtigen Beitrag hierfür dar.

» Die deutsche Regierung sollte darauf hinwirken, dass Gruppen wie die Roj-Peshmerga oder der türkische Staat ihre feindliche Haltung gegenüber der Demokratischen Autonomie Êzidîxans ändern und militärische Angriffe wie in der Vergangenheit unterlassen.

» Im Zusammenhang mit den Angriffen der Roj-Peshmerga auf Kräfte der Selbstverteidigungskräfte Şengals im März diesen Jahres ist die deutsche Bundesregierung dazu aufgerufen, den Gebrauch deutscher Waffen und gepanzerter Fahrzeuge durch diese Gruppen zu untersuchen. Entsprechende Videos aus der Region belegen u.a. den Einsatz deutscher Dingo-Fahrzeuge. Die Regierung sollte grundsätzlich hinterfragen, inwiefern Waffenlieferungen in den Irak zu einer Stabilisierung der Lage beitragen.

» Zuletzt möchten wir die Entsendung einer überparteilichen Parlamentarierdelegation, die sich vor Ort über die Situation und die Bedürfnisse der notleidenden Menschen in der Region ein Bild machen könnte, nahelegen. Sollte die Umsetzung dieser Empfehlung in Betracht gezogen werden, stehen wir Ihnen für die Beantwortung aller Fragen zur Umsetzung dessen selbstverständlich jederzeit zur Verfügung.

Für weitere Informationen

Wenden Sie sich bitte an:

Civaka Azad- Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit e.V.